

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

■ **Erinnern**

Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

■ **Gewählt**

Landesverfassungsgericht

■ **Debatte**

Zeitarbeit in M-V

■ **Per aspera ad astra**

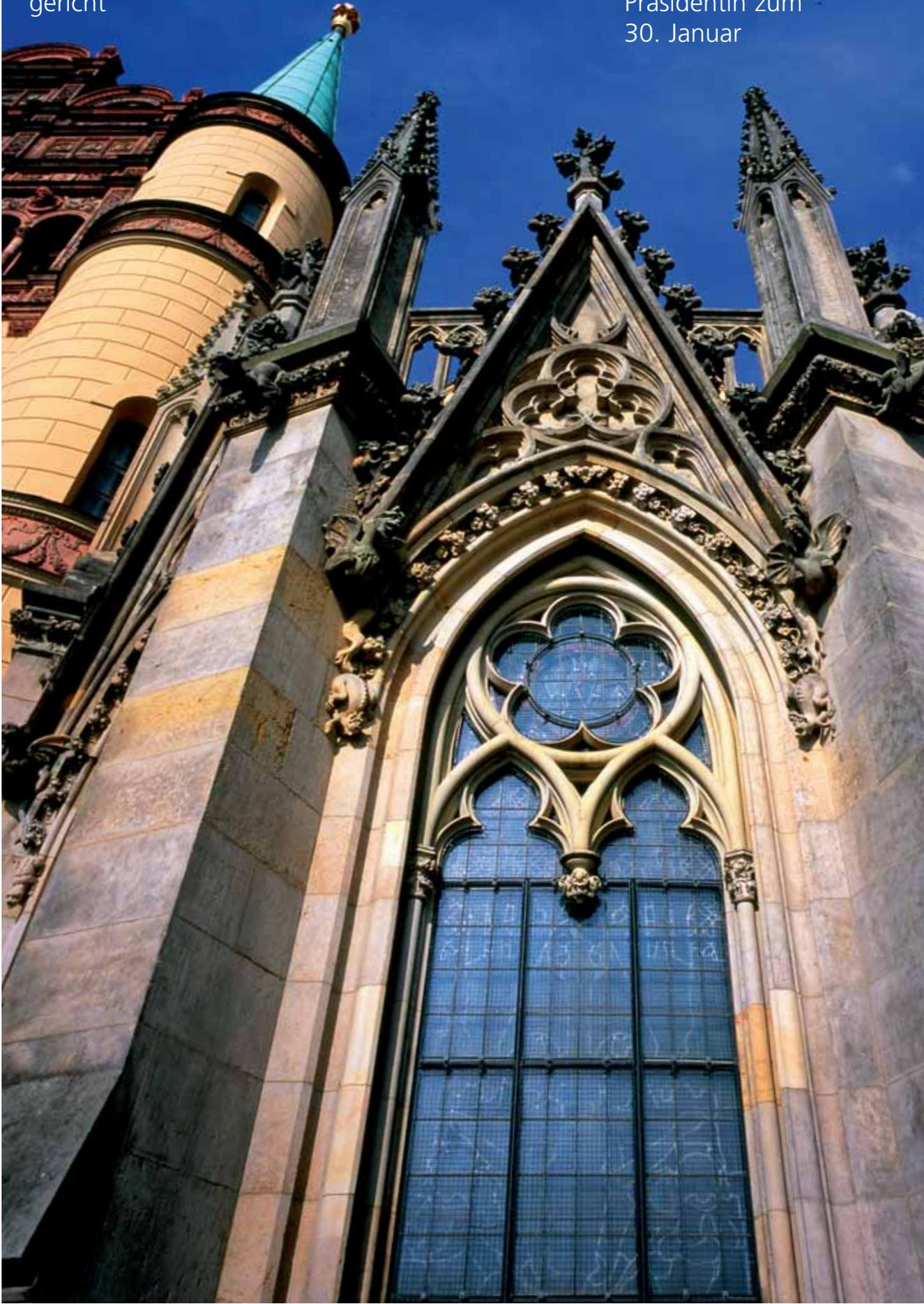
Inschriften am Schweriner Schloss

■ **Beraten**

Leitbild für die Kreisgebietsreform

■ **Plädoyer für Demokratie**

Erklärung der Präsidentin zum 30. Januar



Seite 3

Spezial

Gedenktag für die Opfer
des Nationalsozialismus

Seiten 4 – 5

Aus dem Plenum**Aktuelle Stunde:**

Die Grüne Woche in Berlin –
zur aktuellen Agrar- und
Umweltpolitik

Seiten 6 – 8

Weitere Themen:

Wahl Landesverfassungsgericht
Erklärung der Präsidentin
zum 30. Januar
Jugendkriminalität
Breitbandverbindungen im
ländlichen Raum
Stasi-Kommission des Landtages

Seiten 9 – 15

Auszüge aus der Debatte:

Zeitarbeit in Mecklenburg-
Vorpommern

Seiten 16 – 17

Aus den Ausschüssen**Enquetekommission**

Debatte zum Leitbild
für die Kreisgebietsreform

Parlamentsforum südliche Ostsee

Internationale Anhörung
Energie in Stettin

Innenausschuss

Besuch beim Bundeswehr-
Landeskommando

Seite 18

Panorama

Der Landtag auf
der GRÜNEN WOCHE

Was macht eigentlich Rainer Prachtl?

Seite 19

Schlossgeschichten

Per aspera ad astra –

Inschriften am Schweriner Schloss

Titelbild (Jörn Lehmann)

Chorfenster der Schweriner
Schlosskirche

Impressum

Herausgeber: **Landtag Mecklenburg-
Vorpommern**

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525 - 2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,

Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de

Druck: cw Obotritendruck.de

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgrün-
den haben wir bei der Bezeichnung von Men-
schengruppen manchmal nur die männliche
Form verwendet. In solchen Fällen ist die weib-
liche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-
gebers wieder. Alle Abbildungen sind urheber-
rechtlich geschützt. Nachdruck nur mit
schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos
bezogen werden. Bestellungen sind an den
Herausgeber zu richten.

Verfassungsrichter:

Gestalter und Wächter zugleich

■ „Im Bewusstsein der Verantwortung
aus der deutschen Geschichte sowie gegen-
über den zukünftigen Generationen,
erfüllt von dem Willen, die Würde und
Freiheit des Menschen zu sichern, dem in-
neren und äußeren Frieden zu dienen, ein
sozial gerechtes Gemeinwesen zu schaf-
fen, den wirtschaftlichen Fortschritt aller
zu fördern, die Schwachen zu schützen
und die natürlichen Grundlagen des Le-
bens zu sichern, entschlossen, ein leben-
diges, eigenständiges und gleichberech-
tigtes Glied der Bundesrepublik Deutsch-
land in der europäischen Völkergemein-
schaft zu sein, im Wissen um die Grenzen
menschlichen Tuns, haben sich die Bürger
Mecklenburg-Vorpommerns auf der
Grundlage des Grundgesetzes für die
Bundesrepublik Deutschland in freier
Selbstbestimmung diese Landesverfas-
sung gegeben.“

Diese Präambel unserer Landesverfassung
sollte die Grundlage aller politischen Ar-
beit und allen wirtschaftlichen Strebens in
unserem Bundesland sein. Doch ist sie
das? Wie viele Gesetzestexte, bietet auch
unsere Landesverfassung Auslegungs-
spielräume. Schon in der Präambel ent-
decken wir Spielraum in Formulierungen.
Leider ist es in diesem Land politische Rea-
lität, dass das „Bewusstsein der Verant-
wortung aus der deutschen Geschichte“
oder „der Wille ... die Schwachen zu
schützen“ durchaus verschieden ausge-
legt werden.

Deshalb ist es gut, dass wir ein Landesver-
fassungsgericht (LVerfG) haben. Ein Ge-
richt, das sich um eine lebendige Ausge-
staltung der Verfassung bemüht und das
über die Einhaltung unserer verankerten
Rechte wacht. Dabei geht es nicht nur um
die persönlichen Rechte des Einzelnen,
sondern auch die der Kommunen. Unse-
re Demokratie zeichnet sich dadurch aus,
dass sie sich auf verschiedene Säulen
stützt, die einander kontrollieren sollen.
Die Einsicht in die Notwendigkeit einer
strikten Gewaltenteilung ist eine histori-
sche Erkenntnis. Angesichts der Tatsache,
dass heute immer mehr Menschen, aus
welchen Gründen auch immer, zur Wahl
von Extremen greifen, ist diese Erkenntnis



Foto: Privat

Michaela Skott, 31, gelernte Bankfachwirtin, Quer-
einstieg in den Journalismus, seit fünf Jahren tätig
für lokale Fernsehstationen in M-V, aktuell Mitiniti-
atorin von sowie Redakteurin bei www.tv19plus.de.

aktueller denn je. Das LVerfG nimmt hier
eine wichtige Rolle ein. So kann der Land-
tag als gesetzgebende Kraft zwar Ent-
scheidungen treffen, jedoch besteht für
Bürger und Kommunen die Möglichkeit,
diese vor dem Landesverfassungsgericht
anzufechten.

Präzises Beispiel dafür ist die Entschei-
dung des LVerfG über die Ungültigkeit der
Kreisgebietsreform. Die Richter gaben der
Klage von elf Landkreisen und Normen-
kontrollanträgen von 24 CDU-Abgeord-
neten statt, die das Recht auf kommunale
Selbstverwaltung eingeschränkt sahen.
Durchaus sind auch die Richter der Mei-
nung, dass eine Modernisierung der
Strukturen in Hinsicht auf die Fläche unse-
res Landes, seine Bevölkerungsentwick-
lung und seine Haushaltslage notwendig
sei, wertete aber das Recht der Bürger, ih-
re ehrenamtliche Tätigkeit in den kommuna-
len Parlamenten unter zumutbaren
Wegen auszuüben, als schwerwiegender.
Das Gericht setzte damit ein schon in sei-
ner Entstehung höchst umstrittenes Ge-
setz außer Kraft. Ein Gesetz, das kleinster
gemeinsamer Nenner einer rot-roten Ko-
alition war. Es machte deutlich, dass die
Neuordnung der Strukturen nicht auf der-
art wackeligen Füßen stehen darf. Das ist
gut so – und demokratisch. Der Urteils-
spruch erkennt die Leistung und den Wil-
len der Parlamentarier an, macht aber
gleichzeitig auf Fehler aufmerksam. Eine
Lösung gibt das Urteil nicht vor. Damit
geht der Spielball zurück an den Landtag,
dem es nun obliegt, eine neue, eine besse-
re Lösung zu finden.

In der vergangenen Sitzung führte der
Landtag die Neuwahlen zur Besetzung
des Landesverfassungsgerichts aus. Die
Gewählten erhielten am 31. Januar ihre
Ernennungsurkunde und wurden verei-
digt. Dabei schworen sie auf die Verfas-
sung unseres Bundeslandes. Ich wünsche
dem Gremium für die kommenden Auf-
gaben viel Erfolg.

Michaela Skott

Für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

■ „Sorgen wir dafür, dass jene keine Chance bekommen, die die demokratischen Prinzipien in Frage stellen, den Rechtsstaat verhöhnen und die Würde des Menschen nicht akzeptieren wollen. Ziehen wir eine messerscharfe Linie gegenüber jenen, die die Vergangenheit zurück wollen, die mit ihrer verfassungsfeindlichen Agitation, mit Militanz und Diffamierung des demokratischen Rechtsstaats am Werk sind.“ Diesen eindringlichen Appell richtete Landtags-Vizepräsidentin Renate Holznagel am 27. Januar an die rund 100 Gäste, die zur Gedenkfeier des Landtages für die Opfer des Nationalsozialismus in das Zentrum für Friedensarbeit in Anklam gekommen waren.



(v.l. Renate Holznagel, 1. Vizepräsidentin des Landtages; Dr. Barbara Syrbe, Landrätin des Landkreises Ostvorpommern; Dr. Detlef Butzke, stellv. Bürgermeister von Anklam; Prof. Dr. Stephan Tanneberger, Zentrum für Friedensarbeit Anklam; Andreas Bluhm, 2. Vizepräsident des Landtages; Hans Kreher, 3. Vizepräsident des Landtages; Jürgen Seidel, stellv. Ministerpräsident; im Hintergrund Harry Glawe (CDU-Fraktion), Martina Tegmeier (SPD-Fraktion), Matthias Lietz (CDU-Fraktion); Angelika Gramkow und Peter Ritter (beide DIE LINKE).

Bei der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus gehe es nicht darum, das Entsetzen über das, was in zwölf Jahren NS-Diktatur geschehen ist, zu konservieren, sagte Renate Holznagel in ihrer Gedenkrede. „Es geht darum, dass wir demokratische Prinzipien, Verhaltensmaßstäbe und Werte fest verankern. Es geht darum, Toleranz, Mitmenschlichkeit und Solidarität zu starken Eckpfeilern unserer Gesellschaft werden zu lassen“, betonte sie. „Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, gerade mit Blick auf die Geschichte und die dunkle Vergangenheit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzutreten!“ Insbesondere der jungen Generation müsse der Blick dafür geschärft werden, die Anfänge von Rassismus und Totalitarismus zu erkennen. „Indem wir an die Unmenschlichkeit erinnern, wappnen wir uns zugleich gegen die heimtückischen Parolen der neuen Ideologen“, sagte Holznagel. Wer eine mitmenschliche und solidarische Gesellschaft wünsche, dürfe seine Stimme nicht an Parteien ver-

schwenden, die offen rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich polemisieren, die verfassungsfeindlich handeln und die Demokratie unterhöheln wollen. „Denen, die mit den gleichen Parolen und den gleichen Methoden wie 1933 Anhänger gewinnen wollen, dürfen wir keinen Zentimeter unserer im Herbst 1989 errungenen Demokratie überlassen!“ Anklam sei gut gewählt als Ort der Gedenkveranstaltung, so Holznagel. Hier gebe es engagierte Bürger, die Geschichte ins öffentliche Bewusstsein zurückholen. So habe die Anklaamer Bürgerstiftung „Zentrum für Friedensarbeit“ dafür gesorgt, dass erste Sanierungsarbeiten am alten Wehrmachtsgefängnis durchgeführt werden konnten. „Auch dieses Gefängnis erinnert an die vielen Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz“, sagte Holznagel. Es sei wichtig, auch dieser Opfer zu gedenken. Landrätin Dr. Barbara Syrbe betonte, dass es lebenswichtig sei, die Erinnerung wach zu halten. „Wir nach dem Krieg Gebore-



Foto: Claudia Richter

Die Vizepräsidenten des Landtages Renate Holznagel und Hans Kreher legten zum Gedenken an die Opfer nationalsozialistischer Militärjustiz einen Kranz im ehemaligen Wehrmachtsgefängnis Anklam nieder.

nen sind nicht verantwortlich für die Verbrechen des Nationalsozialismus, aber wir sind verantwortlich, dass aus der Geschichte gelernt wird“, betonte sie.

„Die Opfer dieser schlimmen Zeit dürfen nicht umsonst gewesen sein“, erklärte Anklaams Vize-Bürgermeister Dr. Detlef Butzke. Er warb dafür, die Arbeit des Friedenszentrums breit zu unterstützen.

Prof. Dr. Stephan Tanneberger, Vorstandsvorsitzender des Zentrums für Friedensarbeit, warnte davor, dass heute wieder Menschen marschieren, die die Geschichte vergessen wollen, die von nationalem Sozialismus reden. „Wenn wir die Vergangenheit nicht begreifen, können wir nicht mit Gewissen die Zukunft gestalten!“, betonte er.

Die Gedenkfeier wurde vom Knabenchor Anklam und Schülern der Kreismusikschule Ostvorpommern künstlerisch umrahmt. Im Anschluss legten die Teilnehmer zum Gedenken Kränze im Zellentrakt des ehemaligen Wehrmachtsgefängnisses nieder.

WEHRMACHTSGEFÄNGNIS ANKLAM

Das Wehrmachtsgefängnis Anklam gehörte während des Zweiten Weltkrieges zu den acht zentralen Wehrmachtsgefängnissen im so genannten Heimatkriegsgebiet. In dieser Zeit sind mehrere tausend Wehrmachtsangehörige in Anklam inhaftiert gewesen. Bisher ist bekannt, dass 134 Soldaten und Offiziere in Anklam hingerichtet wurden, zumeist wegen Fahnenflucht. Am 5. Januar 2005 gründeten Persönlichkeiten der nationalen und internationalen Öffentlichkeit sowie des Landkreises Ostvorpommern und der Stadt Anklam die Stiftung „Zentrum für Friedensarbeit Anklam“. Stiftungsziel ist es, die Gebäude des Militärgefängnisses und die ehemalige Militärschule als mahnende Zeugnisse der Vergangenheit zu erhalten und von hier aus für ein friedliches Zusammenleben der Menschen zu arbeiten.

www.friedenszentrum-anklam.de

„Agrarwirtschaft ist gut aufgestellt“

Grüne Woche und Agrar- und Umweltpolitik in Aktueller Stunde

■ Ein Fazit der Grünen Woche in Berlin und die aktuelle Agrar- und Umweltpolitik waren Thema der Aktuellen Stunde am 30. Januar im Landtag. Während die Koalitionsfraktionen – das Thema hatte die SPD beantragt – eine vorwiegend positive Bilanz zogen, kritisierte die Opposition zum Beispiel die Umweltpolitik der Landesregierung.

■ „Unsere Agrarwirtschaft ist gut aufgestellt, und auch der Umweltschutz in unserem Land steht auf sicheren Beinen“, betonte **Ute Schildt** (SPD). Es sei keine „selbstgefällige Schau“, wies sie im Vorfeld geübte Kritik aus den Reihen der Opposition am gewählten Thema zurück. Ihrer Ansicht nach geht es um eine notwendige Information der Bürger über den Zustand der Agrar- und Ernährungsbranche. Die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln sei gesichert und die Natur in einem „sehr guten“ Zustand. Das müsse aber auch über die Medien progressiv vertreten werden. Tausende Menschen seien in der Branche tätig und hätten sich mit großem Erfolg auf der Grünen Woche vorgestellt. Der Agrarausschuss hat ihren Worten nach mit dafür gesorgt, dass 800.000 Euro im Haushalt bereitgestellt werden, damit sich die Aussteller aus Mecklenburg-Vorpommern Jahr für Jahr in einer eigenen Halle präsentieren können.

■ Auch Agrarminister **Dr. Till Backhaus** zog eine positive Bilanz der Grünen Wo-

che. Im Hinblick auf den angekündigten Besuch von EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel im Land bekräftigte er seine Ablehnung der EU-Pläne für eine vorzeitige Kürzung von Agrarsubventionen. „Wir wollen die Wettbewerbsorientierung der Landwirtschaft weiter massiv vorantreiben“, sagte der Minister. Die von der EU erwogenen Kürzungen für Betriebe mit großen Flächen würden jedoch für die Landwirtschaft im Nordosten einen Verlust von 70,2 Millionen Euro bedeuten. Die Betriebe bräuchten Planungssicherheit bis 2013. Er kündigte an, dass die Landesregierung ihr Förderprogramm für die EU-Mittel aus dem Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) in Kraft setzen werde. Das Programm, für das zusammen mit der Kofinanzierung von Bund und Land insgesamt 1,15 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, solle die Landwirtschaft wettbewerbsfähiger machen.

■ Die Leistungen der Beschäftigten und Unternehmer in der Land- und Ernährungswirtschaft können sich nach Ansicht von **Prof. Dr. Fritz Tack** (DIE LINKE)

„wirklich sehen lassen.“ Der Agrarausschuss habe sich auch auf der Grünen Woche davon überzeugen können. Wenn zu solchen Anlässen eine Aktuelle Stunde beantragt werde, gehe es auch um die weitere politische Verantwortung bei der Sicherung und Entwicklung dieser wichtigen Branche „und weniger um eine Nachfeier“. Er verwies auf Probleme und nannte an erster Stelle die Zuckerfabrik Güstrow. „Da kann im Lande ein Konzern darüber entscheiden, dass eine jahrhundertalte Tradition des Anbaus und eine jahrzehntelange Tradition der Verarbeitung für alle Zeiten aus dem Lande verschwinden soll.“ Er nannte das keine unternehmerische, sondern eine „unterlasserische Entscheidung“. Zumal ein Antrag seiner Fraktion zur Unterstützung des Betriebes im Landtag abgelehnt worden sei.

■ **Dr. Henning von Storch** (CDU) sah die Grüne Woche ebenfalls als Erfolg für die Aussteller des Landes an. Er verwies aber auch auf ein „Bodenforum“ während der Messe, auf dem über die Entwicklung der Bodenpreise diskutiert und die Preispolitik des Bundes kritisiert wurde. So würden Landwirten beim Erwerb landwirtschaftlicher Flächen teilweise Summen abverlangt, die deutlich über dem Verkehrs- oder Bodenrichtwert liegen. „Das sind Preise, die insbesondere für die Betriebe, die nach der Wende ihre Aufbauarbeit geleistet und sich etabliert haben, nicht mehr zu erwirtschaften sind. Da liegt ein großes Problem. Das bedarf im Interesse unserer Landwirtschaft hier einer dringenden Korrektur“, betonte er. Die Verkaufsflächen stammen seinen Worten nach zumeist aus den „Enteignungen der Bodenreform“. Die Opfer der



Ute Schildt (SPD)



Agrarminister Dr. Till Backhaus



Prof. Dr. Fritz Tack (DIE LINKE)

Fotos: Uwe Balewski

Bodenreform aber erhielten vom Staat keine Entschädigung, sondern nur geringe Ausgleichszahlungen. Diese Ungerechtigkeit dürfe nicht hingenommen werden.

■ Die Präsentation Mecklenburg-Vorpommerns auf der Grünen Woche ist nach Auffassung von **Gino Leonhard** (FDP) gelungen. „Mit über 400.000 Besuchern ist die Mecklenburg-Vorpommern-Halle nach wie vor ein besonderes Highlight“, sagte er. Das Land präsentiere sich seit bereits neun Jahren in der gleichen Halle. „So schafft man Kontinuität sowohl bei den Ausstellern als auch bei den Besuchern“, betonte der Abgeordnete. Mit mehr als 70 Ausstellern sei ein nahezu umfassendes Bild der Branche gezeigt worden. Auch er sprach sich gegen Änderungen in der EU-Förderung aus. Zudem sieht er den Bestand der Ölmühlen in Gefahr. Durch die Änderung in der Besteuerung hätten die Betreiber zum Teil massive Absatzprobleme. „Das ist ein Beispiel für inkonsequente Bundespolitik und schafft kein Vertrauen bei den Produzenten“, sagte er und forderte den Landwirtschaftsminister auf, sich im Bundesrat für den Bestand der Ölmühlen einzusetzen.

■ „Macht die aktuelle Agrar- und Umweltpolitik heil, macht sie gesund?“, fragte **Raimund Borrman** (NPD). Er habe sich auf der Grünen Woche umgeschaut. Schon das Buffet beim Empfang in der Mecklenburg-Vorpommern-Halle sei wenig einladend gewesen. „Jede Menge Schweinefleisch, gefüttert mit Gen-Soja“, sagte er. „Fleischerzeugung aus einer gigantischen Massentierhaltung, angereichert mit Antibiotika, und dann die Ener-

giebilanz der Fleischerzeugung, die reinste Umweltsünde“, fügte er hinzu. Verbraucherorientierte Land- und Ernährungswirtschaft bedeute, den Verbrauchern eine „heilsame Orientierung“ in Landwirtschaft und Ernährung zu geben, stattdessen gebe es „die Vielfalt eines Irrgartens der zweifelhaften Genüsse, deren Erfolg sich nur durch den Absatz definiert, dessen oberstes Kriterium nicht Heil und Volksgesundheit sind, sondern Profit und Verantwortungslosigkeit“, sagte der NPD-Abgeordnete.

■ Nach Ansicht von **Matthias Lietz** (CDU) zeige die erfolgreiche Präsentation zur Grünen Woche auch jungen Leuten eine berufliche Perspektive in der Land- und Ernährungswirtschaft auf. Der Politiker sieht auch eine direkte Verbindung von Landwirtschaft und Tourismus, die beiderseitig Vorteile bringe. Die Grüne Woche sei ein Erfolg gewesen.

■ **Birgit Schwebs** (DIE LINKE) ging kritisch auf die Umweltpolitik der Koalition ein. „Das, was wir auf diesem Gebiet erleben, ist keine Erfolgsstory“, betonte sie. „Das ist nicht einmal der Erhalt eines Status quo, sondern ein umfassendes umweltpolitisches Rollback seit gut einem Jahr.“ Nach der Zusammenlegung des Agrar- und Umweltministeriums finde Umweltpolitik im eigentlichen Sinne nicht mehr statt, „denn zum Maßstab umweltpolitischer Entscheidungen werden die Forderungen der Wirtschaft oder von Lobbygruppen“. Als Beispiele nannte sie unter anderem die veränderten Abstandsregelungen der Gewässer für das Ausbringen von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln, die „Weigerung“ der Ko-

alition, die Großschutzgebiete zu gentechnikfreien Regionen zu erklären, und die Zusicherung der Landesregierung, den Nothafen Darßer Ort erneut auszubaggern – „und das in der Kernzone des Nationalparks“.



Birgit Schwebs (DIE LINKE)



Matthias Lietz (CDU)



Dr. Henning von Storch (CDU)



Gino Leonhardt (FDP)



Raimund Borrman (NPD)

Wechsel im Landesverfassungsgericht

Acht neue Mitglieder leisten ihren Eid

■ Am 30. Januar wählte der Landtag acht neue Mitglieder des Landesverfassungsgerichts. Dies war erforderlich geworden, da die zwölfjährige Amtszeit der bisherigen Besetzung des obersten Landesgerichts abgelaufen war. Mit Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts M-V, wurde erstmals eine Frau an die Spitze des Landesverfassungsgerichts gewählt. Am darauf folgenden Tag leisteten die neu gewählten Richter vor dem Parlament ihren Amtseid.



Die neuen Verfassungsrichter nach der Urkundenübergabe mit Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff, 5.v.l., und Justizministerin Uta-Maria Kuder, 4.v.l.

Spätestens, als sich am 31. Januar gegen 12 Uhr alle Mitglieder des Landtages, die Minister der Landesregierung und die Besucher im Plenarsaal des Schweriner Schlosses von den Plätzen erhoben, um die Eidesleistung von acht neuen Mitgliedern des Landesverfassungsgerichts zu

verfolgen, wurde deutlich, dass hier etwas ganz Besonderes vor sich geht. Zwölf Jahre – das ist die Amtszeit der Mitglieder des neben Landtag und Landesregierung dritten Verfassungsorgans unseres Landes. Mit Dr. Gerhard Hückstädt, dem ersten Präsidenten des Gerichts, und sieben Kol-



Fotos: Ulve Balewski

Hannelore Kohl, die neue Präsidentin des Landesverfassungsgerichts, bei der Vereidigung im Parlament.

leginnen und Kollegen ging gleichzeitig die erste Besetzung des Gerichts von Bord.

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff würdigten beim anschließenden Empfang die ausscheidenden Mitglieder. Sylvia Bretschneider betonte besonders das Ehrenamtliche der Tätigkeit: „Die Arbeit als Verfassungsrichter ist ehrenamtlich. Jedes Mitglied dieses Gerichts hat in den vergangenen Jahren neben seinem Hauptamt die Last mitgetragen, die mit den rund 140 Verfahren verbunden war, die das Gericht zu bewältigen hatte. Alle Achtung.“

Dr. Harald Ringstorff betonte, dass das Gericht in den letzten Jahren einen wichtigen Beitrag zur Rechtssicherheit im Lande geleistet habe.

Der scheidende Präsident des Gerichts, Dr. Gerhard Hückstädt, stellte heraus, dass es die Institution des Landesverfassungsgerichts mit ihren Aufgaben und nicht die jeweiligen Mitglieder seien, der die Beachtung zu gelten habe. Er überreichte mit der Publikation „Zwölf Jahre Verfassungsgerichtsbarkeit in Mecklenburg-Vorpommern“ eine rechtswissenschaftliche Abhandlung über die Judikatur der ersten Amtszeit des Gerichts.

Am Tag zuvor hatte der Landtag – jeweils mit deutlich mehr als den erforderlichen zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder – die neue Präsidentin, den neuen Vizepräsidenten und insgesamt sechs Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Gerichts gewählt. Am Vormittag des 31. Januar erhielten sie in der Staatskanzlei aus den Händen des Ministerpräsidenten die Urkunden über die Art und Dauer ihres Amtes.

LANDESVERFASSUNGSGERICHT

Die neuen Mitglieder

Hannelore Kohl (Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts M-V) – Präsidentin
Burkhard Thiele (Präsident des Landesarbeitsgerichts) – Vizepräsident
Verina Speckin (Rechtsanwältin) – Stellvertreterin des Vizepräsidenten
Sven Nickels (Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht) – Mitglied
Jörg Bellut (Richter am Amtsgericht) – Mitglied
Prof. Dr. Wolfgang Joeks (Inhaber des Lehrstuhls für Strafrecht an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald) – Mitglied
Achim Stracke (Rechtsanwalt) – stellv. Mitglied
Dörte Lass (Rechtsanwältin) – stellv. Mitglied

Plädoyer für Demokratie

Erklärung der Landtagspräsidentin zum 30. Januar

■ „Der 30. Januar 1933 steht für das Ende von Freiheit und Menschlichkeit.“ Dies sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zu Beginn der Plenarsitzung am 30. Januar 2008. Sie appellierte an die Verantwortung aller Demokraten, die Feinde von Freiheit und Demokratie in die Schranken zu weisen. Am Ende ihrer Ausführungen erhoben sich alle Abgeordneten der demokratischen Fraktionen sowie die Besucher auf der Gästetribüne im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus für eine Schweigeminute von ihren Plätzen, während die NPD-Abgeordneten sitzen blieben und damit für einen Eklat sorgten.



Fotos: Cornelius Kettler

Hier der Wortlaut der Erklärung von Sylvia Bretschneider:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist der 30. Januar 2008. Auf den Tag genau vor 75 Jahren, am 30. Januar 1933, war der Tag, an dem der unheilvolle Weg für die Beseitigung der damals noch schwachen Demokratie in Deutschland beschritten wurde. Der 30. Januar 1933 steht für das Ende von Freiheit und Menschlichkeit. Dieses Datum steht für das Ende, Konflikte und Meinungsverschiedenheiten mit Worten auszutragen. Es war der Beginn der nationalsozialistischen Diktatur, der Beginn von Menschenverachtung, Intoleranz, Terror und Gewalt. Wir erinnern uns heute an diese Ereignisse, denn der 30. Januar muss eine ständige Mahnung sein, den Anfängen zu wehren und antidemokratischen Tendenzen aktiv die Stirn zu bieten.

„Uns allen muss bewusst sein, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist.

Sondern dass jeder Einzelne sie jeden Tag aufs Neue erobern und mit Leben erfüllen muss.“ Das ist ein Zitat der Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland Charlotte Knobloch in diesen Tagen. Niemand darf wegsehen, wenn Gewalt gegen Menschen verübt wird, egal ob der Anlass deren Hautfarbe, deren religiöse und politische Überzeugung, deren sozialer Status oder deren Behinderung ist. Wir müssen die Einzigartigkeit eines jeden Lebens und die unveräußerliche Würde jedes Menschen verinnerlichen. Wir stehen in der Verpflichtung von Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das bedeutet, immer aufzustehen und sich entgegenzustellen, wenn Unrecht geschieht und menschenverachtende und demokratiefeindliche Einstellungen das Bewusstsein der Menschen prägen und ihr Handeln bestimmen.

Unsere demokratische Gesellschaft ver-

trägt keine Gleichgültigkeit. Wir müssen unsere Werte immer wieder aufs Neue durch das verantwortungsbewusste Handeln eines jeden von uns stärken und erneuern.

Die meisten von uns haben im Jahr 1933 noch gar nicht gelebt. Wir tragen keine Schuld an dem damals Geschehenen, aber wir tragen die Verantwortung für unsere Geschichte. Wir tragen die Verantwortung dafür, dass sich so etwas niemals wiederholen darf.

Hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern gehört es zur Verantwortung der Demokraten, alle parlamentarischen Möglichkeiten zu nutzen, um die Feinde von Freiheit und Demokratie in die Schranken zu weisen. Denn jegliche Formen von Extremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt schaden der Demokratie und gefährden den Zusammenhalt und die Grundwerte unserer Gesellschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es steht unmittelbar mit dem 30. Januar im Zusammenhang, dass wir vor drei Tagen, am 27. Januar, anlässlich des Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau der Millionen Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland gedacht haben. Wir haben uns daran erinnert, wie viele Menschen in dieser brutalen Diktatur ermordet wurden. Menschen wurden verfolgt, gefoltert und ermordet, weil sie Juden waren oder Sinti und Roma, Homosexuelle, Menschen mit Behinderungen oder weil sie einfach nur eine andere politische Meinung vertraten.

Ich bitte Sie, sich zum Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft für eine Schweigeminute von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich mit Ausnahme der Abgeordneten der Fraktion der NPD von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen.“

Jugendkriminalität

Landtag lehnt Antrag der LINKEN ab

■ Die Fraktion DIE LINKE forderte auf der Landtagsitzung am 30. Januar, die Ursachen der Jugendkriminalität zu bekämpfen und verstärktes Augenmerk auf die Prävention zu legen. Der Antrag wurde nach kontroverser Debatte mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

Barbara Borchardt (DIE LINKE) sprach sich gegen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts aus. „Die bestehenden Gesetze reichen aus, schärfere Gesetze wären vollkommen wirkungslos“, sagte sie und verwies auf ein „Vollzugsdefizit“. Deswegen gelte es, Strafverfahren zu beschleunigen, Strafen schneller zu vollziehen und Schulen, Justiz und Jugendhilfe besser auszustatten. Auch den so genannten „Warnschuss-Arrest“ halte ihre Fraktion für wirkungslos. Eine gute Sozial- und Bildungspolitik ist ihrer Meinung nach die beste Kriminalprävention.

Nach Angaben von Justizministerin **Uta-Maria Kuder** werden jugendliche Straftäter in M-V bereits konsequent bestraft. So werden im Nordosten 27 Prozent der angeklagten Jugendlichen zu Haftstrafen verurteilt. Im Bundesdurchschnitt seien es 16 Prozent, sagte die Ministerin. Für drei von vier Angeklagten ende der Prozess mit einem Urteil. Auch das liege über dem Bundesdurchschnitt, sagte sie und wies damit Vorwürfe zurück, die Justiz im Land nutze die rechtlichen Möglichkeiten im Kampf gegen Jugendkriminalität nur unzureichend aus. Die Ministerin betonte jedoch, dass die Verhinderung von Gewalttaten der beste Weg sei. „Da aber, wo alle Prävention nicht fruchtet, müssen wir über Repression reden“, betonte Kuder. Sie hält entgegen ihrer Vorrednerin den Warnschussarrest für ein „durchaus geeignetes Mittel“, um Bewährungsstrafen Nachdruck zu verleihen.

Dr. Norbert Nieszery (SPD) bezeichnete den Antrag der Linksfraktion als überflüssig. Er habe wenig Lust, im Parlament eine „Wahlkampfnachlese für Hessen zu machen“. Es sei unumstritten, dass für die Bekämpfung von Jugendkriminalität eine gezielte Integrationspolitik genauso wichtig ist wie Prävention und rasche Bestrafung. „Jugendgewalt ist ein gesellschaftliches

Problem“, betonte **Karin Strenz** (CDU). Eine Politik des Verschweigens oder der Tabuisierung nütze nichts. Zu den vielfältigen Ursachen der Kinder- und Jugendkriminalität zähle sie auch den Verlust von Werteorientierung, fehlende Zukunftsperspektiven und mangelnde soziale Kompetenzen. Ebenso spiele eine schlechte Ausbildung und die Überforderung der Eltern eine Rolle. Eine „systematische und unfassende“ Prävention sei maßgeblich bei der Verhinderung von Gewalt. Sie sprach sich aber auch für Verschärfungen im Jugendstrafrecht und gegebenenfalls einen Warnschussarrest aus. „Wir wollen echte Lösungen“, sagte **Gino Leonhard** (FDP). Den Antrag der LINKEN hält seine Fraktion für „unausgegoren“. „Da steht nichts Konkretes drin. Das bringt das Land nicht weiter“, sagte er. Die LINKE hätte zudem in ihrer Regierungszeit die Möglichkeit gehabt, Vollzugsdefizite abzubauen. Nur in einer „Volksgemeinschaft“ könne dem Werteverfall als eine der Ursachen für Jugendkriminalität entgegengewirkt werden, sagte **Birger Lüssow** (NPD). Kriminelle Ausländer sollen seiner Meinung nach „konsequent abgeschoben“ werden. Noch mehr Integrationspolitik sei nur kostspielig und ohne Nutzen.

Breitbandnetz auf dem Land

Mehrheit für FDP-Antrag

■ Ländliche Regionen sollen künftig besser mit Breitbandanschlüssen versorgt werden. Ein entsprechender Antrag der FDP wurde am 30. Januar mit großer Mehrheit vom Parlament angenommen.

Die hochleistungsfähigen Internetzugänge würden Unternehmen und Einwohnern generell neue Möglichkeiten zur Information und Kommunikation eröffnen, begründete **Toralf Schnur** (FDP) den Antrag. Insbesondere auf dem Lande könnte den Menschen auf diesem Wege die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtert werden. Doch oftmals würden sie sich vergebens um eine Einbindung ins Netz bemühen, weil keine Breitbandanbindung in ihrem Ort erhältlich sei. Bei der Verteilung der Mittel müsse die Lan-

desregierung dafür sorgen, dass die strukturschwachen ländlichen Räume vorrangig bedacht werden.

Mit jährlich 1,3 Millionen Euro an öffentlichen Fördermitteln werde von 2008 an die bessere Versorgung der ländlichen Regionen mit Breitbandanschlüssen unterstützt, sagte Agrarminister **Dr. Till Backhaus**. Vor allem für die Wirtschaft hätten hochleistungsfähige Internetanschlüsse große Bedeutung. „Wir arbeiten in Mecklenburg-Vorpommern auch nicht mehr mit Brieftauben“, betonte der Minister. Das Vorhaben einer flächendeckenden Versorgung mit Breitbandanschlüssen findet auch die Unterstützung ihrer Fraktion, betonte **Ute Schildt** (SPD). Vieles sei aber schon umgesetzt.

Für große Telekommunikationsunternehmen sei ein Flächenland nun mal nicht besonders lukrativ, sagte **Andreas Bluhm** (DIE LINKE). Das gelte insbesondere für die dünn besiedelten ländlichen Regionen. „Die so genannte Breitbandluft zwischen Ballungsräumen und ländlichen Räumen wird größer statt kleiner“, kritisierte er. Dieses „Marktversagen“ sei ein Ergebnis der Privatisierung. „Dem hätte die Bundesregierung durch Änderung des Telekommunikationsgesetzes längst entgegen können“, betonte der Redner. Bluhm forderte, dass Bund und Land die Förderung konsequent weiterführen, um Kommunen und Regionen den Aufbau einer eigenen Infrastruktur zu ermöglichen. Nach Ansicht von **Stefan Köster** (NPD) ist die Versorgung mit Breitbandverbindungen ein Aspekt der Förderung des ländlichen Raumes. Dennoch lehne seine Fraktion den Antrag in der vorliegenden Fassung ab, weil so nur großen Konzernen „Geld in den Rachen“ geworfen werde.

STASI-KOMMISSION

Die Kommission des Landtages für die Überprüfung der Abgeordneten auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den DDR-Staatssicherheitsdienst ist komplett. Am 30. Januar wählte der Landtag auf Vorschlag der FDP-Fraktion den Schweriner Juristen Michael Schmitz als 3. Mitglied der Kommission nach § 48 Abgeordnetengesetz. Der frühere Bildungsminister Prof. Dr. Peter Kauffold und der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Jörn Mothes waren bereits am 13. Juni 2007 in diese Kommission gewählt worden.

Mehrheit im Landtag hält Zeitarbeit für sinnvoll

Parlamentarier üben aber Kritik an Missbräuchen

■ Mit den Stimmen der Regierungsparteien SPD und CDU hat der Landtag am 31. Januar die Zeitarbeit als „ein sinnvolles Instrument“ für Unternehmen und Arbeitnehmer bezeichnet. Das Parlament stellte zugleich fest, dass Zeitarbeit auch zur Umgehung von Tarifverträgen und zu Lohndumping missbraucht wurde. In dem Beschluss werden die Tarifpartner zu Regelungen aufgefordert, wonach Leiharbeiter und Festangestellte bei gleicher Arbeit auch gleiche Entgelte erhalten. Sollten die Tarifpartner die Voraussetzungen dafür schaffen, könnten die Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden, hieß es. Damit gäbe es in der Branche einen Mindestlohn wie etwa schon im Baugewerbe. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte im Wortlaut.

Wolfgang Waldmüller, CDU:

„Rahmenbedingungen für Zeitarbeit verbessern“

■ „Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit der Verabschiedung des Ersten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt Ende 2002 leitete die damalige Bundesregierung ihre umfassenden Arbeitsmarktreformen zur Bekämpfung der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland ein. Ein wichtiger Bestandteil der damaligen Reform war die Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, welches die Zeitarbeitsbranche seit 1972 reguliert, und bis zum damaligen Zeitpunkt, konnte man sagen, auch drangsalierter. Mit der damaligen Reform wurde eine arbeitsmarktpolitische Erfolgsgeschichte gestartet, die bis zum heutigen Tag sehr erfolgreich verlaufen ist.

*(Irene Müller, DIE LINKE:
Ja, nur im Osten.)*

[...] insbesondere durch die Senkung von Einstellungshürden (wird) dem Unternehmen ermöglicht, schnell auf Auftragschwankungen zu reagieren und Produktionsabläufe zu optimieren. Dieser Fortschritt bei der Flexibilisierung ist betriebswirtschaftlich und auch gesamtwirt-

schaftlich von hoher Bedeutung. Der Vorteil für den Arbeitnehmer – und das ist auch richtig zu sagen – wird insbesondere deutlich, [...] wenn man einen Blick auf die Struktur der Zeitarbeitnehmer [...] wirft. Es sind vor allen Dingen Arbeitslose, die zwei Drittel der Zeitarbeiter stellen, sowie Geringqualifizierte, die etwa das andere Drittel stellen. Das heißt im Klartext, dass [...] sich oftmals durch die Zeitarbeit erst [...] eine Anstellung auf dem ersten Arbeitsmarkt ergeben hat. [...]

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern [...] circa 8.000 Beschäftigte in Zeitarbeitsfirmen angestellt. Wir haben bei der Zeitarbeit eine [...] hohe Tarifbindung, denn nahezu 100 Prozent der Zeitarbeitsfirmen zahlen einen Tarif.

*(Irene Müller, DIE LINKE:
Was für eine Tarifbindung?!
Das ist ja wohl lächerlich! –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Wo haben Sie denn das gelesen?!)*

[...] zusammenfassend lässt sich herausstellen, dass es der Koalition mit dem vorliegenden Antrag darum geht, angesichts

ZEITARBEIT

Der Begriff Zeitarbeit stammt aus den Anfängen der Branche in Deutschland. Bei Einführung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes 1972 war die „maximale Überlassungsdauer von Zeitarbeitnehmern“ auf drei Monate befristet. Diese Frist wurde später verlängert und zum 1. Januar 2004 ganz aufgehoben. Überlassene Zeitarbeitnehmer können somit – theoretisch – unbegrenzt lange von der gleichen Zeitarbeitsfirma an den gleichen Kundenbetrieb überlassen werden.

Foto: Archiv



der Bedeutung für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt die Rahmenbedingungen für Zeitarbeit in Mecklenburg-Vorpommern weiter zu verbessern. Da ist es umso wichtiger, noch einmal zu unterstreichen, dass etwaige Veränderungen [...] Sache der Tarifpartner sind. Sollten [...] die Tarifpartner [...] die entsprechenden Voraussetzungen schaffen, stünde für die Zeitarbeitsbranche [...] offen, in das Entsendegesetz aufgenommen zu werden. [...] Staatliche Eingriffe und Regulierung wären mit Abstand das Schlechteste [...]"

Minister Jürgen Seidel:

„Zeitarbeit nicht unter Generalverdacht stellen“

Foto: Uwe Balewski



■ „Zeitarbeit ist ein, gerade in einer Zeit, wie wir sie jetzt erleben, also einer besser laufenden Konjunktur, ganz wichtiges Instrument, um Arbeitsspitzen zu beherrschen. Dieses Instrument [...] wurde unter Rot-Grün in der vorhergehenden Bundesregierung weiter flexibilisiert. Und nun ist es, wie oft im Leben, so, dass es auch schwarze Schafe gibt, die Regeln ausnutzen. Diese kritischen Fälle sind allerdings für mich kein Argument, die Zeitarbeit sozusagen unter Generalverdacht zu stellen.

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion der FDP)*

Sie sind auch kein Argument für Vorschläge, wie wir sie zur Kenntnis genommen haben von der Fraktion DIE LINKE, mit denen dann Zeitarbeit völlig unattraktiv und bedeutungslos würde.

*(Irene Müller, DIE LINKE: Für die
Arbeitgeber ist das wirklich gut, das
stimmt. – Zurufe von Barbara Borchardt,
DIE LINKE, und Michael Roolf, FDP)*

[...] Es geht letztlich darum, saisonale konjunkturelle Schwankungen der Auftragslage abzufedern und Arbeitsmarktengpässe zu überbrücken. Die Zeitarbeit ermöglicht flexible Reaktionen zu kalkulierbaren Kosten [...]

Zeitarbeit verbessert natürlich die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und ihrer Beschäftigten am Standort in Deutschland.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Im Übrigen [...] hilft sie [...] zum Beispiel in Unternehmen, entweder Überstunden zu vermeiden oder diese abzubauen. Zeitarbeit hat ohne Zweifel auch Vorteile für Arbeitnehmer, [...]. Arbeitslose und Berufsanfänger erhalten durch Zeitarbeit Einstiegschancen, die sie ansonsten kaum hätten.

*(Irene Müller, DIE LINKE:
Einstiegschancen in was?)*

Rund zwei Drittel der Beschäftigten von Zeitarbeitsfirmen waren vor Eintritt in die Firma ohne Beschäftigung.

*(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, und dann
bleiben sie Zeitarbeitnehmer.)*

[...] Generell [...] führt Zeitarbeit im Durchschnitt in Deutschland bei jedem Dritten zur folgenden Festanstellung. [...] Der Zeitarbeiter in Deutschland erhält bei seiner Verleihfirma einen schriftlichen und auch unbefristeten Arbeitsvertrag mit den üblichen Leistungen wie Sozialversicherung, bezahlter Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und gesetzlicher Kündigungsschutz. Und das unterscheidet uns eben von vielen europäischen Ländern. In Frankreich zum Beispiel ist der Arbeitsvertrag des Zeitarbeitnehmers verbunden mit dem Einsatz im Kundenbetrieb ohne langfristige Beschäftigungssicherheit. [...]

Der Anteil von Zeitarbeitnehmern an allen Erwerbstätigen in Deutschland liegt unter zwei Prozent. [...] In Mecklenburg-Vor-

pommern liegt dieser Anteil im Übrigen mit 1,2 Prozent deutlich unter dem deutschen Durchschnitt. Wir haben im Land 8.800 Zeitarbeitnehmer. Das ist zumindest die Zahl, die uns per 30.06.2007 vorliegt.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Insbesondere größere Unternehmen nutzen dieses Instrument zur Flexibilisierung und zur Abarbeitung von Auftragspitzen. Zum Beispiel waren am 30.09.2007 rund 850 Zeitarbeitnehmer für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern tätig. Bei 4.700 Festangestellten ist das eine Quote von 18 Prozent.

(Irene Müller, DIE LINKE: Viel zu viel!)

Meine Damen und Herren, die Zahl der Erwerbstätigen in Mecklenburg-Vorpommern stieg im Jahr 2007 um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das waren 11.200 neue Arbeitsplätze. Im produzierenden Gewerbe des Landes waren es 4.000 neue Arbeitsplätze. Übrigens gehörten dazu dann keine Zeitarbeitnehmer, denn die werden in der Statistik zu den Unternehmensdienstleistern gerechnet. Diese Zahlen sprechen deutlich gegen den Vorwurf: Zeitarbeit verdrängt reguläre Beschäftigung. Zeitarbeitsfirmen sprechen bereits davon, dass sie kaum noch die gesuchten Mitarbeiter finden, weil die Unternehmen auch direkt einstellen. Das ist auch gut so [...].

Missbrauchsfällen sollten wir mit zielgerichteter Weiterentwicklung des Rechtsrahmens begegnen. Die beste Lösung heißt hier aber nicht mehr Beschränkung, mehr Bürokratie und weniger Freiheit. Wenn Politik überzogen reagiert [...] und vermeintlich sozial gerechte Lösungen in Form von staatlich getroffenen Regulierungen sucht, dann hat dies im Regelfall im Ergebnis eine höhere Arbeitslosigkeit zur Folge und damit weniger soziale Gerechtigkeit.

Lösungen dürfen also nicht dazu führen, dass diejenigen, denen man eigentlich helfen will, am Ende vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden und zurückfallen in die Abhängigkeit staatlicher Fürsorge. Es gilt, Auswüchse zu verhindern, aber die Schutzmauern nicht so hoch zu setzen, dass es am Ende vielleicht gar nichts mehr zu schützen gibt.“

Regine Lück, DIE LINKE:

„Heuern und Feuern ist das Motto der Zeit“

Foto: Uwe Bajewski



■ „Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Also ich muss sagen, der Antrag hat uns einigermaßen erstaunt.“

*(Michael Roolf, FDP:
Der könnte von Ihnen sein.)*

Sie erinnern sich, meine Fraktion hat im November vergangenen Jahres einen Antrag unter dem Titel „Bedingungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter verbessern“ eingebracht. Sie, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, haben ihn rundweg abgelehnt.

*(Michael Roolf, FDP: Ja. –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist ja nichts Neues. So sind sie.)*

Aber offensichtlich ist Ihnen, wenn auch spät, ein Licht aufgegangen.

*(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ein kleines, ein kleines, ein kleines. –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Flöckchen. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)*

Sieht man sich aber den Antrag genauer an, hält sich unsere Euphorie in Ihrem Sineswandel doch ziemlich in Grenzen.

*(Harry Glawe, CDU:
Wir können Sie doch noch überraschen.
Das freut uns.)*

[...] Für diejenigen, die mit Zeitarbeit viel Geld verdienen, sind die Bedingungen hervorragend [...]. Spätestens seit die rotgrüne Bundesregierung durch die unsäglichen Hartz-Gesetze alle Schleusen geöffnet hat, sieht es für die Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter ganz anders aus. Deren Bedingungen müssen dringend verbessert werden. Durch das Streichen der Begrenzung der Überlassungsdauer im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz kann von der Abdeckung von Auftragsspitzen keine Rede mehr sein. Gestiegene Anforderungen an Flexibilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern heißt konkret: Unsicherheit pur! „Heuern und Feuern“ ist das Motto der Zeit. Es ist der Gipfel der Untertreibung, wenn in Ihrem Antrag steht, ich zitiere, „dass Zeitarbeit auch zur Umgehung von Tarifverträgen und Lohndumping missbraucht wurde“. Wo leben Sie eigentlich?

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)*

Das ist die Regel, meine Damen und Herren Koalitionäre [...] In Mecklenburg-Vorpommern gibt es drei entsprechende Tarifverträge. Die dort vereinbarten Bruttoentgelte liegen zwischen 5,70 Euro und 6,27 Euro pro Stunde.

*(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Klasse! –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)*

Damit sind die Stundenlöhne von Zeitarbeiterinnen erheblich niedriger als die der Stammbeschäftigten. In neuesten Angaben des DGB gibt es Lohndifferenzen bis zu 40 Prozent. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! Viele Zeitbeschäftigte sind auf ergänzende Leistungen angewiesen. Einem solchen Lohndumping, das dann auch noch Gesetz werden soll, werden wir selbstverständlich unsere Zustimmung verweigern.

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)*

Jede und jeder weiß, für die Unternehmen ist das eine komfortable Situation. Sie haben gar kein Interesse daran, irgendetwas an den Bedingungen zu ändern, es sei denn, weiter zu ihren Gunsten [...] Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ steht bereits im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: So ist es.)

[...] Das Ausgliedern von Stammpersonal bei gleichzeitigem Wiedereingliedern als billige Leiharbeiter ist nichts anderes als ein mieses Geschäft auf den Rücken der Betroffenen. Kein Trick scheint zu billig, wenn es um maximale Gewinne geht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Genau.)

Meine Damen und Herren, der Punkt 4 Ihres Antrages zeigt zumindest, auch Sie haben begriffen, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter Mitbestimmungsrechte brauchen [...] Unternehmer benutzen sie als Kosten dämpfende Manövriermasse gegen die Stammbeschäftigte und für die Umgehung des Kündigungsschutzes. Sie sind Objekte in den betriebswirtschaftlichen Rechnungen der Unternehmen.

(Michael Roolf, FDP: Oh, oh, oh!)

Um das zu ändern, braucht es mehr als einen Prüfauftrag an die Bundesregierung. Wir, DIE LINKE, sagen, Ihr Antrag ist nicht mehr als ein halbherziger Versuch, der an der Lösung der Probleme meilenweit vorbeigeht und deshalb auch ohne Wirkung bleibt.“

Jochen Schulte, SPD:

„Defizite im Bereich der Leiharbeit beseitigen“



■ „[...] Die Zahl der Leiharbeiter ist in den letzten Jahren bundesweit sprunghaft gestiegen. Ende 2007 dürften rund 900.000 Menschen bei Zeitarbeitsfirmen beschäftigt gewesen sein.

[...] In 2007 beläuft sich die Beschäftigtenzahl auf annähernd 8.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in einem Zeit- und Leiharbeitsverhältnis beschäftigt sind.

Nun ist, darauf ist hingewiesen worden, Zeitarbeit nicht per se etwas Negatives. Zeitarbeit war und ist als Instrument gedacht, welches die Betriebe in die Lage versetzt, Auftragsspitzen und saisonale Schwankungen aufzufangen. Das hat der Wirtschaftsminister ausgeführt, das ist auch durchaus zutreffend. Gleichzeitig sollte Zeitarbeit aber auch neue Chancen eröffnen, um Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu reintegrieren. Unter diesen Gesichtspunkten hat die Zeitarbeitsbranche gerade in Mecklenburg-Vorpommern ihre Berechtigung gehabt und wird sie sicherlich auch noch geraume Zeit haben.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was als Ausnahme geplant war, entwickelt sich für immer mehr Menschen in unserem Land

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Zu einem Regelarbeitsverhältnis. –
Helmut Holter, DIE LINKE:
Genau. –
Gabriele Mestan, DIE LINKE:
So ist es.)

zu einem Regelarbeitsverhältnis, und zwar unter Bedingungen, welche wir so auf Dauer weder im Interesse der hier im Land Beschäftigten noch im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes insgesamt gutheißen können.

[...] In diesem Zusammenhang ist es auch interessant, mit welchen Argumenten diese Zeitarbeitsfirmen für den Einsatz ihrer Beschäftigten bei ihren Entleihbetrieben werben. Da heißt es bei einer Zeitarbeitsfirma [...] auf deren Homepage: [...] „Sie sparen Kosten! Denn die Zahlen belegen eindeutig: Mitarbeiter im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung sind gegenüber Festangestellten die günstigere Lösung.“ Dagegen spricht erst einmal nichts. Aber wenn Sie dann auf die zweite Seite schauen, heißt es unter anderem zur Begründung dieser Aussage: „keine Zuschläge in den zuschlagspflichtigen Zeiten wie sonst bei eigenem Personal“.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ach ja?! Hört, hört!)

Hier wird deutlich, dass man darüber wirklich ernsthaft überlegen oder nachdenken sollte.

Meine Damen und Herren, Zeitarbeit hat, wie ich bereits ausgeführt hatte, seine arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Berechtigung. Aber, meine Damen und Herren, Zeitarbeit kann nur dann auf Dauer ihre Berechtigung behalten, wenn die

Spielregeln, unter denen in dieser Branche gearbeitet wird, für alle Beteiligten fair sind und weder zulasten der Beschäftigten in den Zeitarbeitsfirmen noch zulasten der Beschäftigten in den Entleihunternehmen gehen.

[...] mit dem Wachstum der Branche haben bedauerlicherweise gerade die negativen Auswüchse der Leiharbeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zugenommen. Was für das Auffangen von betrieblichen Auftragsspitzen und saisonalen Schwankungen gedacht war, wird von Teilen der Arbeitgeber – und man muss wirklich sagen, man soll das auch nicht pauschalisieren – missbraucht, um für gleiche Arbeit deutlich weniger Lohn zu zahlen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie den Tarifvertrag nehmen, den der Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister mit dem Christlichen Gewerkschaftsbund geschlossen hat, [...] dann wundert es mich auf der anderen Seite nicht, dass der Einzelhandel in unserem Land immer wieder über die zu niedrige Kaufkraft in Mecklenburg-Vorpommern klagt. Auch das Argument, dass Leiharbeit ein Mehr an Arbeitsplatzsicherheit biete, ist angesichts der wachsenden Zahl von Befristungen bei Leiharbeitsfirmen nicht haltbar. [...]

Leiharbeit in ihren heutigen Auswüchsen fördert daher vielfach die materielle Verarmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und trägt gerade nicht zur Stabilisierung der Arbeitsmarktsituation bei. Diese Auswüchse führen dazu, dass die positiven Aspekte, die es durchaus gibt, die man nicht verneinen sollte, der Zeitarbeit nicht abgesprochen werden können, immer stärker in den Hintergrund gedrängt werden.

Für die SPD-Landtagsfraktion ist es daher von fundamentaler Bedeutung, dass die aufgetretenen Defizite im Bereich der Leiharbeit beseitigt werden, sodass ihre positiven Aspekte, die Eröffnung von Einstiegschancen von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt sowie die zeitlich begrenzte Abdeckung von Auftragsspitzen und saisonalen Schwankungen wieder in den Vordergrund treten. Aus diesem Grund ist es aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion unabdingbar, dass:

Erstens. Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer den Beschäftigten des jeweiligen Entleihbetriebs gleichgestellt werden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

[...] Der Grundsatz „Gleiche Arbeitsbedingungen und gleiches Geld bei gleicher Leistung“ muss für alle Beschäftigten gelten.

Zweitens, dass auch in der Leiharbeiterbranche Mindestlöhne eingeführt werden. Ausländische Leiharbeitsbetriebe müssen durch die Aufnahme in das Entsendegesetz an den Mindestlohn gebunden werden, auch das gibt es in Mecklenburg-Vorpommern.

Drittens. Ziel muss es sein, die Übernahme von Leiharbeitnehmern in die Stammbetriebschaft tatsächlich zu fördern. [...] Dem Betriebsrat des entleihenden Betriebes muss daher nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion ein Zustimmungsverweigerungsrecht nach Paragraph 99 Absatz 2 Betriebsverfassungsgesetz eingeräumt werden, wenn statt Leiharbeit ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis im Betrieb möglich wäre. [...]

Da spricht dann durchaus nicht dagegen, dass die bisher sinnvolle Praxis, das saisonale Schwankungen oder Auftragsspitzen durch Leiharbeit abgearbeitet werden können, weiterhin erhalten bleibt. [...]

Viertens. Es muss per Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung eine Höchstquote für die Leiharbeiter innerhalb der Belegschaft festgelegt und deren Einsatzzweck vereinbart werden können.

Fünftens. Die Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, um so sicherzustellen, dass Leiharbeitsfirmen ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhaft beschäftigen müssen. [...]

Die SPD-Landtagsfraktion hält es [...] für dringend erforderlich, dass die bundesgesetzlichen Regelungen im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung im vorgenannten Sinn geändert werden. [...]"

Michael Roof, FDP:

„Wir führen hier eine versteckte Mindestlohndebatte“

Foto: Uwe Balewski



■ „Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

[...] Wenn man sich den Antrag anschaut, dann wundert man sich schon ein bisschen über die beiden Namen der Fraktionen, die draufstehen. Dass das ein Antrag von CDU und SPD ist, das hätte ich im Leben nicht gedacht. Wenn jetzt stehen würde DIE LINKE und SPD, dann wäre das in Ordnung. [...] aber dass die CDU hier so einen Antrag im Parlament unterstützt, das finde ich schon sehr erstaunlich.

*(Regine Lück, DIE LINKE:
Der geht uns nicht weit genug,
Herr Roof.)*

Eigentlich, meine Damen und Herren, haben wir doch heute wieder einmal eine versteckte Mindestlohndebatte, vielleicht nur unter einem etwas charmanteren Deckmantel.

*(Regine Lück, DIE LINKE:
Die ist ja auch notwendig.)*

[...] Das sage ich ganz deutlich: „Ich werde massiv gegen Mindestlohn in der Zeitarbeit eintreten“. Und wenn ich sage, ich werde massiv gegen Mindestlohn in der Zeitarbeit eintreten, bin ich das wirklich gar nicht selber,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so?!)

sondern das ist ein Zitat von Günther Oettinger, allen bekannt, vom 04.12.2007.

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion der FDP –
Helmut Holter, DIE LINKE:
Von vorgestern! –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)*

Und ich frage Sie von der CDU: Was machen Sie hier in diesem Parlament, wenn Ihre eigenen Parteifreunde solche sinnvollen und richtigen Aussagen treffen?

*(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion der FDP –
Reinhard Dankert, SPD:
Herr Oettinger ist in Baden-
Württemberg. Der hat
einen ganz anderen Stand.)*

Lassen Sie mich abschließend sagen, dieser Antrag ist für uns sowohl in dem Ansinnen als auch in der Art und Weise an keiner Stelle zustimmungsfähig.

*(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das wundert uns jetzt aber.)*

Liebe Kollegen von der SPD, lieber Kollege Schlotmann, Kompliment dafür, dass Sie die CDU auf diesen Zettel mit draufbekommen haben. Hochachtung vor dieser Leistung!"

Udo Pastörs, NPD:

„Zeitarbeit gänzlich infrage stellen“



Foto: Uwe Balewski

■ „Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-und SPD-Regierungskoalition hat also, wie wir aus dem uns vorliegenden Antrag ersehen, festgestellt, dass Zeitarbeit ein sinnvolles Instrument zur Abdeckung von Auftragspitzen und zur Reintegration Arbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt ist. [...]

Sie kommentieren dementsprechend richtigerweise in Ihrem Antrag auch nur die unhaltbaren Zustände in der Leiharbeiterbranche. Sie sprechen von „sollen“ und „ob erfolgen könnte“, nicht aber von „müssen“ und von konkret einzuleitenden Maßnahmen zum Schutz der Leiharbeiter. [...]

Aber, meine Herrschaften von der CDU und SPD, ich möchte Ihnen auch mitteilen, dass wir von der NPD die Zeitarbeit als Instrument des angeblich modernen Arbeitsmarktes gänzlich infrage stellen.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

[...] Es geht bei der Leiharbeit in erster Linie nicht um das Abfangen von Auftragspitzen in den Unternehmen, sondern um das Verfügbarmachen von Menschen für die Interessen der Globalplayer. 75 Prozent aller Leiharbeiter werden nicht vom Leihbetrieb übernommen. [...]

Warum setzen Sie sich nicht dafür ein, dass ein Gesetz geschaffen wird, das die Entleihdauer begrenzt und hiernach festgestellt werden muss, dass die Arbeitnehmer eingestellt werden müssen? Warum setzen Sie sich nicht dafür ein, dass auch für Leiharbeiter ein Mindestlohn von 8,80 Euro Gültigkeit erlangt? Und hören Sie auf, mit derlei Anträgen den Menschen vorzugaukeln, Sie hätten die Macht, gegen die Interessen des Großkapitals wirklich etwas verändern zu können!“

Wolfgang Waldmüller, CDU:

„Zeitarbeit ist für alle Beteiligten eine Win-Win-Situation“



Foto: Uwe Balewski

■ „Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren. Die Wichtigkeit der Chancenfunktion von Leiharbeit wurde hier schon bei der Einbringung von mir und von Herrn Minister Seidel genannt. Es handelt sich um eine boomende Branche,

also eine wichtige Branche. Ich betone es noch einmal, auch wenn es hier zerredet wird, die Flexibilität für die Unternehmen bietet eine Chance für den Arbeitseinstieg für Arbeitslose und Geringqualifizierte.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP)

Wir sollten uns im Vorfeld vielleicht einmal darüber einigen, worüber wir hier sprechen. Wir sprechen hier von [...] Mecklenburg-Vorpommern mit 1,2 Prozent Beschäftigten in der Zeitarbeit,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Echt?)

[...] Wenn man den Reden, insbesondere von der Partei der LINKEN, zuhört, dann handelt es sich ja scheinbar um ein Teufelswerk: Dumpinglöhne, soziale Ungerechtigkeit, Ausbeutung. Alles Schlagwörter.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Aber, das hat doch Herr Schulte auch gesagt.)

Definieren Sie doch erst einmal Dumpinglöhne! [...]

Sie verunglimpfen allgemein mit einem Generalverdacht die komplette Zeitarbeitsbranche und das Unternehmertum, [...]

Ein wenig Objektivität und Versachlichung würde dem Thema helfen, um es richtig zu bewerten.

Wie sehen denn die rechtlichen Rahmenbedingungen aus? Das Wesen der Zeitarbeit besteht darin, dass der Arbeitnehmer, der einen Vertrag mit dem Zeitarbeitsunternehmen hat, in ein Unternehmen entliehen wird. [...]

Das Beschäftigungsverhältnis des Mitarbeiters besteht jedoch zum Zeitarbeitsunternehmen in der Regel aus unbefristeten Vollzeitverträgen. Das heißt, dass auch in den beschäftigungsfreien Zeiten weiter das Gehalt bezahlt werden muss. [...] Hier liegt der Grund dafür, dass geringere Gehälter bezahlt werden, weil Lohnfortzahlung und Urlaub kompensiert werden müssen. Für alle Zeitarbeitnehmer gelten alle allgemein gesetzlichen Bestimmungen wie das Lohnfortzahlungsgesetz, das Bundesurlaubsgesetz, das Mutterschaftsgesetz, das Schwerbehindertengesetz und so weiter. [...]

Wir brauchen also keine neue Regelungswut, sondern wir müssen die Kontrollen, die bestehen, ausnutzen.

(Zurufe von Angelika Gramkow, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

Wenn es dann einzelne schwarze Schafe gibt, ich meine, hier in Mecklenburg-Vorpommern und nicht irgendwo in Deutschland, dann ist die bestehende Kontrolle gegeben und sie muss genutzt werden.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wer will denn diese Kontrolle?)

Grundsätzlich schreibt das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz auch den Gleichbehandlungsgrundsatz für Zeitarbeitnehmer fest.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Das heißt, das wurde bereits gesagt, Frau Lück hat es schon gesagt, gleiche Konditionen bei Löhnen und Urlaubsregelungen wie bei der Stammebelegschaft. Das ist jedoch, und das wissen Sie auch, in der Praxis nicht umsetzbar. Zum einen müssten dazu die Kundenunternehmen ihre Arbeitsbedingungen völlig offenlegen und zum anderen hätten die Zeitarbeiter

bei wechselnden Einsatzbedingungen ständig andere Gehälter und andere Urlaubsansprüche. Aus diesem Grund wurden von den Verbänden und den Gewerkschaften Tarifverträge vereinbart, die für fast 100 Prozent der Zeitarbeitsfirmen gelten. Es ist eine Branche mit der höchsten Tarifbindung. Das heißt im Klartext, dass hier unter Wahrung der Tarifautonomie die Löhne und Gehälter zwischen den Parteien ausgehandelt wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Regine Lück, DIE LINKE: Oh, das glaube ich aber nicht.)

Unser Antrag, und das steht im Punkt 3, ist auch unter Wahrung der Tarifautonomie zu verstehen und nicht unter der Festlegung von Lohnhöhen. Mindestlohn ist für uns kein Thema, dafür haben wir die Möglichkeit des Entsendegesetzes.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na, das klären Sie mal mit Ihrem Koalitionspartner!)

Warum ist nun Zeitarbeit für den Arbeitsmarkt so wichtig? Jetzt lassen Sie uns doch einmal darauf eingehen, was wesentlich ist, also was wirklich wichtig ist für Mecklenburg-Vorpommern.

Warum ist die Zeitarbeit für den Arbeitsmarkt so wichtig? Es ist so, dass circa 68 Prozent aller Zeitarbeitnehmer aus der Arbeitslosigkeit kommen oder Berufseinsteiger sind, der Rest sind in der Regel Geringqualifizierte. Hier entstehen bei der Zeitarbeit sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt. Es entsteht die Möglichkeit, sich unter realen Bedingungen im Arbeitsleben weiterzuqualifizieren. Wir reden von Mecklenburg-Vorpommern. Die Zeitarbeitnehmer werden für den Arbeitsmarkt attraktiver gemacht, sodass eine Integration, der Herr Minister hat es gesagt, es ist ein schlechter Begriff, durch Klebeeffekt in der Stammfirma möglich ist. Jeder Dritte profitiert davon. [...]

Zeitarbeit ist also für alle Beteiligten eine Win-win-Situation. Zeitarbeit ist ein wesentliches arbeitsmarktpolitisches Instrument, das wissen Sie genau.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Meiner Meinung nach müsste, um hier noch effizienter zu werden, die Bundesagentur für Arbeit noch enger mit den Personaldienstleistern zusammenarbeiten. Durch die Zeitarbeit werden Vermittlungshemmnisse abgebaut. Das Erlernen praktischer Erfahrungen und die zielgerichtete Qualifizierung führen zum Abbau von Vermittlungshemmnissen. Zeitarbeitsfirmen kennen den lokalen Markt und den genauen Bedarf am besten. Hier kann ganz gezielt gesucht, qualifiziert und zugefügt werden. Zahlreiche bundesweit agierende Pilotprojekte haben dies auch bewiesen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Deshalb sind auch schon so viele überqualifiziert in der Zwischenzeit.)

Meine Damen und Herren, Zeitarbeit in ihrem Wesen ist eine absolut notwendige Branche und braucht deshalb die Unterstützung.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Die deutsche Volkswirtschaft und wir in Mecklenburg-Vorpommern können nur davon profitieren. – Danke schön.“

Auszüge aus dem Protokoll der Landtagssitzung am 31. Januar 2008

REDEZEITEN IM PLENUM

In der Geschäftsordnung (Anlag 6) sind für die Debatte im Plenum Redeblöcke festgelegt. Als Gesamtdauer für eine Debatte kann der Ältestenrat 30, 45, 60, 90 oder 120 Minuten vereinbaren. Die Gesamtredezeit wird entsprechend der Fraktionsgröße auf die Fraktionen aufgeteilt. Für die Debatte zum Koalitionsantrag „Zeitarbeit“ war der Block 2 – 45 Minuten Debatte – festgelegt worden. Die SPD bekam davon 15 Minuten, die CDU 14, die LINKE 8, FDP und NPD je 4 Minuten.

Gemeinsames Forschungs- zentrum

Arbeitsgruppe Energie kündigt Antrag an

■ Bei einer internationalen Anhörung in Stettin haben Abgeordnete der Arbeitsgruppe Energie- und Klimapolitik des Parlamentsforums südliche Ostsee mit Nachdruck die Gründung eines länderübergreifenden Forschungszentrums für erneuerbare Energien gefordert. Dies sei ein vordringliches Anliegen, um die Klimaziele der Europäischen Union erreichen sowie die langfristige Sicherung der Energieversorgung gewährleisten zu können.

Rund 60 Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung hatten sich anlässlich der zweiten internationalen Anhörung am 24. und 25. Januar 2008 in Stettin zusammengefunden, um erneut über Chancen eines regionalen Energiemix sowie Wege zu deutlich höherer Energieeffizienz zu beraten. Vertieft wurden auch Gespräche über notwendige Infrastrukturmaßnahmen und den Einsatz ökonomischer Instrumente. Der Expertenkreis war diesmal durch Sachverständige aus der Woiwodschaft Ermland-Masuren sowie aus dem Kaliningradgebiet erweitert worden.

Für alle beteiligten Parlamentarier ist ein gemeinsames Forschungszentrum in den

Anrainerstaaten der südlichen Ostseeregion ein vordringliches Anliegen. „Wir wollen unsere Regierung auffordern zu prüfen, wie in Mecklenburg-Vorpommern ein solches Forschungszentrum etabliert werden kann“, sagte dazu Detlef Müller, Vorsitzender des Rechts- und Europauschusses des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und Leiter der Arbeitsgruppe Energie.

Eine weitere zentrale Forderung der Sachverständigen war die Vereinfachung und Ausweitung der bestehenden Förderinstrumente sowie die Einführung und Novellierung von Einspeisungsgesetzen, um den notwendigen Anstoß für eine breite Nutzung erneuerbarer Energiequellen zu geben. Darüber hinaus befürworteten die Experten eine stärkere personelle Unterstützung wissenschaftlicher Einrichtungen, damit europäische Förderinstrumente besser als bisher genutzt werden können. Als essenziell wurde auch die Notwendigkeit einer intensiven Bewusstseinsbildung im öffentlichen, privaten und unternehmerischen Bereich unterstrichen, um Energie effizient zu erzeugen, zu nutzen und zu sparen. Am Beispiel von industriellen Biogasanlagen in Penkun und Güstrow erör-

terten die Tagungsteilnehmer die Möglichkeiten der Einbindung dezentraler und grenzüberschreitender Systeme. Im Ergebnis wurde der Energieerzeugung aus Biomasse bei entsprechender Modifikation der Rahmenbedingungen die Grundlastfähigkeit bescheinigt, was Voraussetzung für eine Änderung des angestrebten Energiemix ist. Als sinnvoll wurde in diesem Zusammenhang die Nutzung von landwirtschaftlichen Brachflächen für die Produktion von Biomasse bewertet.

Vertreter polnischer Woiwodschaften erläuterten die vorhandenen regionalen Potenziale regenerativer Energien und forderten mit Blick auf eine effektive Nutzung der Windkraft den Auf- und Ausbau geeigneter Netzstrukturen sowie deren grenzüberschreitende Anbindung. Solarthermische Anlagen seien insbesondere für den Tourismussektor und die Landwirtschaft geeignet. Die Wasserstofftechnologie solle im Mobilitätsbereich im Hinblick auf ihren höheren Wirkungsgrad der Nutzung biogener Treibstoffe vorgezogen werden. Ökologisch sinnvoll sei dies allerdings nur, wenn es gelänge, Wasserstoff auf der Grundlage von Windstrom zu erzeugen.



Birgit Schwabs (DIE LINKE), Werner Kuhn (CDU) und Detlef Müller (SPD) gehörten zur zehnköpfigen Delegation aus M-V bei der zweiten internationalen Anhörung der Arbeitsgruppe „Energie“ des Parlamentsforums südliche Ostsee.

Fotos: Uwe Balewski

Kreisgebiets- reform

Enquetekommission diskutiert Leitbild

■ In einer ersten Beratung zur Unterrichtung „Ziele, Leitbild und Leitlinien der Landesregierung für eine Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern“ (Drs. 5/1059) am 12. Dezember 2007 hat der Landtag die Enquetekommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ gebeten, zu der Unterrichtung bis zum 31. März 2008 einen Zwischenbericht vorzulegen.

In der 14. Sitzung am 18. Januar haben die Mitglieder der Kommission bereits erste Stellungnahmen zum Konzept abgegeben und diskutiert. Die 15. Sitzung am 25. Januar wurde geprägt von dem andauernden Beratungsbedarf zwischen den Fraktionen der SPD und der CDU. Nachdem die Sitzung deshalb erst mit fast anderthalbstündiger Verspätung beginnen konnte, wurde sie nach wenigen Minuten wieder beendet. In der daraufhin anberaumten Sondersitzung am 18. Februar entschuldigten sich die Obleute der Fraktionen von SPD und CDU für die verspätete Verständigung unter den Koalitionspartnern, die zu der Verzögerung geführt hatte.

In der anschließenden Beratung betonten alle Seiten, dass die Vorlage keine umfassende Darstellung der Verwaltungsreform beinhalte. Vielmehr beschränke sich die Unterrichtung auf die Kreisgebietsreform, die in den Gesamtzusammenhang eingeordnet werden müsse. Während die Fraktionen der SPD und CDU entsprechende Änderungsanträge ankündigten, kritisierten die kommunalen Landesverbände und die Fraktionen DIE LINKE und FDP die fehlende Berücksichtigung einer Funktionalreform. Die zukünftige Aufgabenzuordnung müsse Grundlage einer neuen Kreisstruktur sein. Demgegenüber vertrat die Landesregierung die Auffassung, aus den neuen Strukturen ergäben sich erst die Be-

dingungen für eine Funktionalreform. Die Fraktion der CDU warnte vor einem Überfrachten der Reform, da damit ein Scheitern riskiert werde. Schwerpunkte der weiteren Diskussion waren die Fragen, ob der Reformbedarf ausreichend begründet sei und ob die Vorlage unzulässige Vorfestlegungen – etwa bei den Ausführungen zur Einkreisung bisher kreisfreier Städte und den Flächen- und Einwohner-

zahlen für die neuen Kreise – enthalte. Die Enquetekommission hat die Diskussion am 22. Februar im Ostseebad Binz mit einer Beratung der vorliegenden Anträge fortgesetzt. Während die Fraktionen der SPD und CDU dem Landtag empfehlen wollen, sich die Unterrichtung auf Drucksache 5/1059 mit einigen Änderungen und Ergänzungen zu Eigen zu machen, stellte Wismars Bürgermeisterin Dr. Rose-

marie Wilcken mehrere Verfahrensanträge. Danach sollten noch Aufträge an die Landesregierung erteilt und Anhörungen durchgeführt werden.

Eine Beschlussfassung über die Anträge soll in der Kommissionssitzung am 29. Februar 2008 erfolgen. Am 27. März will die Kommission dann über den in dieser Sache vorgesehenen Zwischenbericht an den Landtag abstimmen.

Landtag und Bundeswehr

Innenausschuss besucht Landeskommmando der Bundeswehr

■ **Beim Stichwort „Bundeswehr“ wird kaum jemand an den Landtag denken. Doch hat die Bundeswehr auch große landespolitische Bedeutung. Auf parlamentarischer Ebene ist dafür der Innenausschuss des Landtages der richtige Ansprechpartner.**

Die Bundeswehr arbeitet beim Katastrophenschutz eng mit den Ländern zusammen. Für die Koordinierung dieser Aufgaben wurden im Jahre 2007 erstmalig Landeskommandos eingesetzt. Die neue Führungsebene wurde zuvor in Mecklenburg-Vorpommern getestet und schließlich deutschlandweit eingeführt. Der Innenausschuss des Landtages besuchte am 24. Januar 2008 das Landeskommmando in der

Schweriner Werder-Kaserne, um sich unmittelbar über dessen Arbeit informieren. Der Kommandeur und Kapitän zur See Dietrich Sauerbrey gab mit seinen Mitarbeitern einen umfangreichen Einblick in Struktur und Arbeit des Landeskommandos bei vergangenen Einsätzen, wie zur Bekämpfung der Vogelgrippe auf Rügen im Jahre 2006 oder zum Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm 2007. Das Landeskommmando organisiert bei diesen Einsätzen die zivil-militärische Zusammenarbeit. Damit gibt es auf Landesebene einen einheitlichen Ansprechpartner. Vor Ort unterstützen Kreisverbindungskommandos die Arbeit, die den Kontakt zu den Katastrophenschutzbehörden der Landkreise pflegen und die Einbindung der Reservisten in die Arbeit der Bundeswehr sichern.

Die Abgeordneten besichtigten auch das Familienbetreuungszentrum. Dieses unterstützt Bundeswehrosoldaten und deren Angehörige in allen Lebenslagen, insbesondere im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen.

MELDUNGEN

Serientäter schneller vor Gericht

Bei Straftaten von Wiederholungs- und Serientätern soll noch schneller und effizienter ermittelt werden, damit möglichst schnell Anklage erhoben werden kann. Ein entsprechendes Konzept stellte Justizministerin Uta-Maria Kuder am 20. Februar dem Rechts- und Europaausschuss des Landtages vor. Die Anweisungen an die Strafverfolgungsbehörden sollen sichern, dass diese bei Straftätern, bei denen es wegen der Art und der Häufigkeit ihrer Straftaten erforderlich ist, möglichst schnell auf neue Straftaten reagieren.

Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät der Universität Rostock

In nichtöffentlicher gemeinsamer Sitzung haben der Bildungsausschuss und der Agrarausschuss am 21. Februar Vertreter der Universität Rostock, von Verbänden, des Wissenschaftsrates und des Beauftragten für die Neuen Länder des Bundeslandwirtschaftsministeriums zur gegenwärtigen Situation und weiteren Entwicklung der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock angehört. Diskutiert wurden Anregungen zur Profilierung der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät der Uni Rostock. Die Ansprüche und Anforderungen sind sehr unterschiedlich – hier gilt es, zu einer möglichst hohen Übereinstimmung zu kommen.



Foto: Landeskommmando Bundeswehr

v.r.: Stabsoffizier Gotthard Stieb, Heinz Müller (SPD-Fraktion), Dr. Norbert Nieszery (SPD-Fraktion, Vorsitzender des Innenausschusses), Peter Ritter (Fraktion DIE LINKE), Marc Reinhardt (CDU-Fraktion), Kapitän zur See Dietrich Sauerbrey, Martina Tegtmeier (SPD-Fraktion), Knud Winkelmann (Landtagsverwaltung), Wolf-Dieter Ringguth (CDU-Fraktion), Katja Prestin (Referentin CDU-Fraktion), Gino Leonhardt (FDP-Fraktion), Lorenz Caffier (Innenminister), Matthias Lietz (CDU-Fraktion)

Flagge zeigen

Parlament wirbt auf der Grünen Woche

■ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat auch in diesem Jahr auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin mit einer eigenen Veranstaltung für das nordöstlichste deutsche Bundesland geworben. Das Parlament bot damit auf der weltgrößten Messe für Landwirtschaft, Lebensmittel und Tourismus zum vierten Mal eine Plattform, um Akteure dieser Branchen mit bekannten und neuen Kunden zusammen zu bringen.

Am 21. Januar 2008 lautete das Motto: ‚WIR. Erfolg braucht Vielfalt‘. „Die Erfahrungen der vergangenen Jahre belegen, wie wichtig und richtig es ist, auf der Grünen Woche Flagge zu zeigen. Die Länderhalle ist ein unverzichtbarer Werbeträger für Mecklenburg-Vorpommern“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider bei der Begrüßung der etwa 250 Gäste. Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Vereinen aus Mecklenburg-Vorpommern, zahlreichen anderen Regionen



Foto: Dirk Lange

Rund 250 Gäste begrüßte der Landtag bei seinem Empfang auf der Grünen Woche in Berlin

Deutschlands sowie aus dem Ausland waren der Einladung nach Berlin gefolgt. Die Besucher konnten auch in diesem Jahr wieder Spezialitäten aus Mecklenburg-Vorpommern probieren und sich umfassend über das Land informieren. Künstlerisch wurde unter anderem Appetit gemacht auf die diesjährigen Schlossfestspiele. Sylvia Bretschneider: „Die Aussteller aus unserem Land in einer eigenen Halle zu bündeln, bleibt eine nach wie vor kluge Entscheidung und – das sagen die Gäste immer wieder – eine Attraktion der

Grünen Woche. Die Erfahrung zeigt, dass der weitaus größte Teil der Messebesucher den Weg hierher findet. Es ist richtig, dass sich neben den Unternehmen der Ernährungswirtschaft auch die Tourismusverbände und die Landkreise hier präsentieren. Die Besucher sollen Lust bekommen auf Spezialitäten und Leckereien aus Mecklenburg-Vorpommern. Nicht zuletzt wollen wir auch für die Schönheit unserer Heimat werben.“

Was macht eigentlich

Rainer Prachtl?

■ Der CDU-Politiker gehörte dem Landtag von 1990 bis 2006 an. Er war der erste Parlamentspräsident und übte diese Funktion bis 1998 aus. Corinna Pfaff sprach mit dem 58-jährigen Familienvater aus Neubrandenburg.



Foto: Cornelius Kettler

Wie lebt es sich ohne Landespolitik?

Ein Leben ohne Politik gibt es für einen Vollblutpolitiker wie mich gar nicht. Politik heißt doch, das Leben zu gestalten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Das mache ich nun als Bürger für Bürger. Ich werde oft noch nach Entscheidungen aus der Politik in Land und Bund gefragt. Da gebe ich gern Antwort.

Was tun Sie momentan und profitieren Sie dabei von Ihren Erfahrungen aus der Zeit im Landtag?

Die Erfahrungen sind schon von hohem Wert. Beispielsweise berate ich junge Politiker, übrigens auch von anderen Parteien. Bei Anfragen von Mitmenschen kann ich oft schneller helfen, weil ich weiß, wer in den Ministerien oder im Landtag der richtige Ansprechpartner ist. Zudem halte ich regelmäßig bundesweit Vorträge. Im Moment ist das Thema Werteverlust ein sehr vordringliches. Und dann habe ich ja 1992 in meiner Zeit als Landtagspräsident den Dreikönigsverein Neubrandenburg ins Leben gerufen. Die Arbeit dort fordert mich voll und ganz. Im März vergeben wir traditionell den Siermerling-Sozialpreis, der mit 10.000 Euro dotiert ist. Diesmal geht er an Heinz-Günter Hamann aus Neustrelitz, der sich schon zu DDR-Zeiten und bis heute in der

Familien- und Lebensberatung verdient gemacht hat. Außerdem organisieren wir die philosophischen Gesprächskreise, eine wohl einmalige Veranstaltungsreihe in unserer Region. Ganz wichtig für uns im Verein ist die Arbeit im Dreikönigshospiz. Dort haben wir bisher 1.000 Menschen auf ihrem letzten Lebensweg begleitet.

Denken Sie gern an die Zeit im Landtag zurück?

Ja. Es gab Dinge, die einfach große Freude bereiteten, weil sie sehr wichtig waren. Die Arbeit an der Landesverfassung etwa oder in der Enquetekommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Unvergessen sind für mich auch die Begegnungen mit großen Persönlichkeiten wie Papst Johannes Paul II. und Michail Gorbatschow.

Rückkehr ausgeschlossen?

Man soll ja nie ‚Nie‘ sagen. Aber ich bin so ausgefüllt mit meinen neuen Aufgaben, dass es doch sehr unwahrscheinlich ist.

Per aspera ad astra

Durch den Dschungel der Inschriften zum Licht der Erkenntnis

■ Berna Bartel kann das Schweriner Schloss lesen wie ein Geschichtsbuch. Das ist ganz wörtlich gemeint. Die langjährige Museumsleiterin, die sich in ihrem wohlverdienten Ruhestand im Schlossverein engagiert, hat die Inschriften am Prachtbau genauer unter die Lupe genommen. Etwa 200 davon hat sie gefunden. An der Stadtfront beispielsweise unter dem trutzigen Reiterstandbild des Niklot, unter den Porträtköpfen an den Giebeln der Neubaufassaden zum Burggarten, Burgsee und Schlossgarten, unter Fenstern. Auch im Inneren des denkmalgeschützten Bauwerks. Allein in der Schlosskirche hat sie über 80 Inschriften gezählt.

„Inschriften an Bauwerken sind uns schon aus der ägyptischen und der islamischen Kunst bekannt. Es war durchaus üblich, sich als Herrscher oder Bauherr durch Inschriften, Sinnsprüche ein Denkmal zu setzen, an historische Begebenheiten zu erinnern oder die Verehrung an Göttlichkeiten auszudrücken.“ Das ist ihrer Ansicht nach am Schweriner Schloss nicht anders. Sie weist im Schlosshof auf die Obotritentreppe vor dem Neuen Langen Haus. Unter dem großen Mittelfenster in Höhe der Beletage befindet sich die älteste Inschrift. Sie stammt aus dem 16. Jahrhundert, als Johann Albrecht I. unter anderem die Kirche und das Neue Lange Haus errichten ließ. Kaum lesbar lautet die lateinische Bauinschrift wörtlich: „Joannis Alberti Ducis Megap. industria sumptibusque. 1554“, wie Berna Bartel in der historischen Festschrift entdeckt hat. Sinngemäß heißt das: Kostspielig (verschwendisch) aufgebaut von Johann Albrecht Herzog zu Mecklenburg 1554. Unter dem steinernen Porträtkopf des Herzogs ist dessen Wahlspruch zu entdecken: „Premente cruce tollimur“ (etwa: Lasst uns durch das drückende

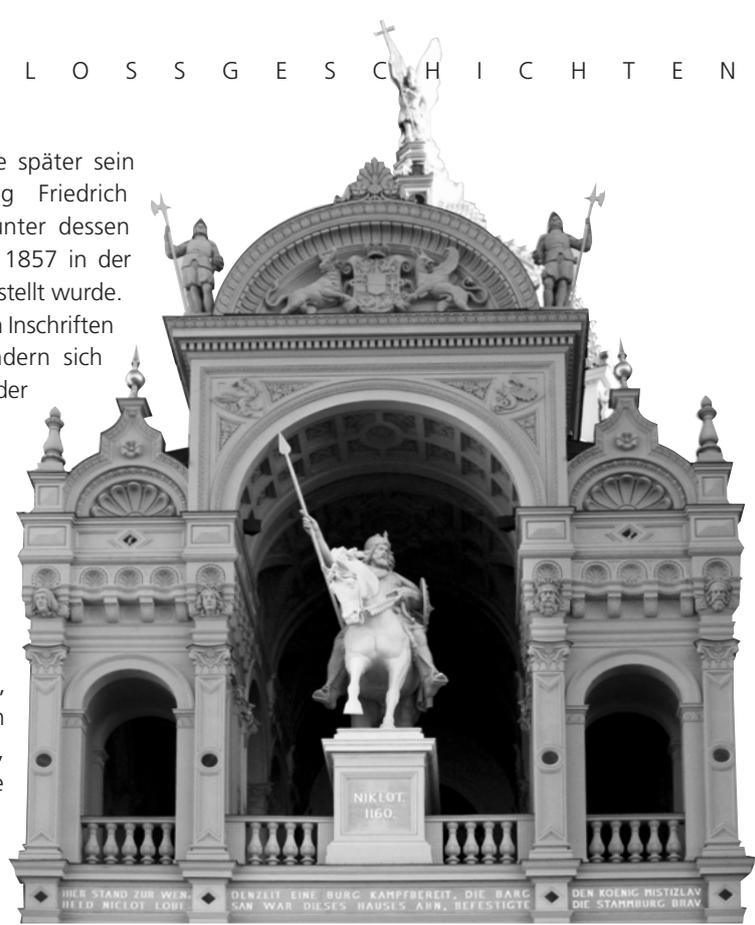
Kreuz emporsteigen), unter dem seiner Gemahlin Anna Sophie deren Credo: „Alles nach Gottes Willen“. Die Tradition hat

rund drei Jahrhunderte später sein Nachfahre Großherzog Friedrich Franz II. fortgesetzt, unter dessen Herrschaft das Schloss 1857 in der heutigen Form fertig gestellt wurde.

Er ließ nicht nur die alten Inschriften wieder anbringen, sondern sich selbst in Stein ganz in der Nähe von Johann Albrecht verewigen. Berna Bartel deutet auf die Bauinschrift und die beiden steinernen Porträtköpfe in Höhe der Festetage, die den Großherzog und seine Gattin Auguste zeigen, und auf die in Sandstein gehauenen Schriftzüge, die mit bloßem Auge kaum zu erkennen sind. „Die lateinische Bauinschrift weist darauf hin, dass der Großherzog das Schloss 1857 wieder erbaut hat.

Unter dem Porträt steht sein Wahlspruch: „Per aspera ad astra“, eine Maxime, die schon in einer Tragödie des römischen Dramatikers Seneca auftaucht. Sie lautet wörtlich übersetzt ‚Durch das Raue zu den Sternen‘, wird sinngemäß aber auch ausgedrückt mit ‚Durch die Dunkelheit zum Licht‘, oder ganz frei mit: ‚Ohne Fleiß kein Preis‘. Für Auguste wählte man die Devise ihrer Familie von Reuß: „Ich bau auf Gott.“. „Das passt zu ihr, denn Auguste war tief religiös“, weiß die ehemalige Leiterin des Schlossmuseums.

Am auffälligsten sind sicher die Inschriften an der zur Stadt gewandten Hauptfassade des Schlosses. Sie erklären die Statuen von fünf Regenten aus dem Mittelalter. Hervorstechend natürlich das mächtige Reiterstandbild von Slawenfürst Niklot, dem Urahn der Mecklenburger Herzöge und Großherzöge. Die Jahreszahl unter seinem in den Sockel gemeißeltem Namen verrät sein Todesjahr. Weniger bekannt vielleicht die beiden mittelalterlichen Herrscher in der unteren Reihe – die Herzöge Albrecht und Magnus. „Herr Albrecht trug voll Muth – den ersten Herzogshut – hat in dem Schlosse



Unzählige Inschriften am Schweriner Schloss – wie hier an der Fassade über dem Hauptportal – erinnern an frühere Herrscher oder historische Begebenheiten.

residiert. Gerecht und stark zugleich – herrscht Magnus friedereich, hat Land und Schloss gut renoviert“, lautet der Schriftzug, der diesen beiden gewidmet ist.

Es war ein schwieriges Unterfangen, auf kleinstem Raum in alten Versen eine Art Chronik unterzubringen. „Die ‚ehrenvolle Aufgabe‘ meisterte der in Berlin als Redakteur des ‚Deutschen Kunstblattes‘ tätige Mecklenburger Dr. Friedrich Eggers. Nachdem sie den ‚allerhöchsten Beifall‘ gefunden hatten, konnten sich die Schweriner im September 1854 erstmals an diesen Inschriften erfreuen“, recherchierte Berna Bartel in der damals erschienenen Mecklenburgischen Zeitung.

Sie wird ihre Erkenntnisse aus dem „Geschichtsbuch Schloss“ noch im März vor dem Schlossverein und im Schlossmuseum vorstellen. „Per aspera ad astra“ heißt ihr Vortrag über die Inschriften. Eine Tradition, die übrigens auch die heutigen Bauherren beibehielten. Auf den Türen zur Paul-Friedrich-Halle im Inneren des Schlosses zum Beispiel wird – weiß auf Glas – aus der Festschrift zitiert, die nach dem Neu- und Umbau des Schlosses herausgegeben wurde. So erfährt man dann auch, wer Paul Friedrich war. Und das ist wohl die wichtigste Funktion der Inschriften – das Bewahren vor dem Vergessen.



Fotos: Claudia Richter

Wie sehr Sport über Grenzen hinweg verbindet, haben am 9. und 10. Februar junge Fußballer in Schwerin erlebt – unterstützt durch den Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt zwölf Mannschaften, darunter Gäste vom polnischen Club Chemik Bydgoszcz, haben im Stadtteil Großer Dreesch auf Einladung des Schweriner SC Breitensport e.V. ihr Können gemessen. Sieger des 8. Internationalen D-Jugend-Turniers wurden die elf- und zwölfjährigen Kicker des FC Hertha Zehlendorf aus Berlin. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hatte Ende 2007 bei einer Versteigerung zu Gunsten des Turniers für 750,- Euro eine Petermännchen-Holzskulptur des Bildhauers Arnold Burmeister ersteigert. Doppelt gut angelegtes Geld: Einerseits wird die Skulptur im Schloss ausgestellt, andererseits wurde die Begegnung junger Menschen gefördert.



Foto: Dirk Lange



Foto: Stefan Janssen

(Adressfeld für Abonnenten)

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider begrüßte am 4. Februar den Botschafter des Staates Israel, S. E. Yoram Ben-Zeev, im Schweriner Schloss. Nach dem Eintrag in das Gästebuch des Landtages ließ sich der Botschafter über die politische Situation in Mecklenburg-Vorpommern informieren. Die Präsidentin und ihr Gast waren sich insbesondere darüber einig, dass der Arbeit mit jungen Leuten beim Werben für demokratische Werte eine besondere Rolle zufalle. Bildung sei das wirksamste Mittel, um etwa fremdenfeindlichen und rassistischen Vorurteilen vorzubeugen. Sylvia Bretschneider stellte in diesem Zusammenhang die vielfältigen Bemühungen des Landtages vor – beispielsweise den Israel-Tag, der im November vergangenen Jahres zahlreiche Jugendliche ins Parlamentsgebäude gelockt hatte. Von der Präsidentin erfuhr der Botschafter auch, dass das Landesparlament die Verbindungen zu Israel ausbauen will. Yoram Ben-Zeev kündigte an, diese Bemühungen nach Kräften zu unterstützen.



Foto: Claudia Richter

„Für ein kostenfreies Mittagessen für die Schülerinnen und Schüler an den staatlichen Grundschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ – so der Titel einer Volksinitiative, die die Linkspartei im Oktober 2007 gestartet hatte. Am 27. Februar übergaben die Initiatoren über 20.000 Unterstützerunterschriften an Landtags-Vizepräsidentin Renate Holznagel. Diese wird die Unterschriften dem Landeswahlleiter zuleiten, der die Rechtmäßigkeit der Unterschriften prüfen muss. Laut Landesverfassung sind 15.000 Unterschriften erforderlich, damit sich der Landtag mit dem Anliegen befassen muss. (v.l. Vizepräsidentin Renate Holznagel, die Initiatoren der Volksinitiative Marko Schmidt, Jugendamt Ludwigslust; Jeanine Rösler, Mitarbeitern der Fraktion DIE LINKE; Prof. Dr. Wolfgang Methling, MdL, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE; nicht auf dem Foto: Mitinitiatorin Angelika Gramkow, MdL, Fraktion DIE LINKE)

Am 22. Januar eröffnete Hans Kreher (FDP), 3. Vize-Präsident des Landtages, auf dem Flur seiner Fraktion im Schweriner Schloss eine Ausstellung mit Ölgemälden der Künstlerin Ingrid Thomaneck. Es sei die 2. Ausstellung in den Räumen der FDP-Fraktion seit Einzug in den Landtag, sagte Kreher. „Wir sehen es als Liberale als unsere Pflicht an, für das Kulturland Mecklenburg-Vorpommern etwas zu tun“, betonte er. Damit führe seine Fraktion nach 12 Jahren Landtags-Abstinenz eine Tradition fort, die der erste FDP-Fraktionsvorsitzende Walter Goldbeck nach der Wende begründet hatte. Neben Goldbeck waren auch der Botschafter des Staates Island in Deutschland, S.E. Ólafur Davidsson, sowie der isländische Honorarkonsul Detlef Ernst Thomaneck Gäste der Vernissage. Für die Ausstellung wählte Ingrid Thomaneck Landschaften, u.a. inspiriert durch ihre Reisen durch Island, Spanien, Griechenland, den Azoren sowie Mecklenburg-Vorpommern, sowie farbenfrohe Blumenmotive aus. Die Ausstellung ist bis 28. März zu sehen.



Foto: Milan Müller